

**Stellungnahme Gas Connect Austria GmbH:  
Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 –  
2. Novelle 2022**

(14. April 2022)

**Inhalt:**

Stellungnahme .....	3
1   Ausgleichszahlung .....	3
2   Kostendeckungsgrad.....	4
3   Obligatorischer Mindestaufschlag.....	5

## STELLUNGNAHME

### 1 AUSGLEICHSZAHLUNG

Z 10

§ 7 Abs. 2

- Die Ausgleichszahlungen basierend auf den Kapazitätstarifen beläuft sich auf 14,9 MEUR pro Jahr (seit Beginn 2021). Die Einführung des mengenbasierten Tarifs führt zu zusätzlichen Ausgleichszahlungen von 31,8 MEUR pro Jahr. In Summe also 46,7 MEUR.
- Durch den mengenbasierten Tarif verpflichtend zu leistende Ausgleichszahlungen führen zu einer weiteren erheblichen Veränderung der Risikoposition für die Gas Connect Austria, als den zahlenden Fernleitungsnetzbetreiber, insbesondere, sofern die entsprechenden Einnahmen nicht tatsächlich generiert werden. Besondere Relevanz hat dies angesichts der derzeitigen Diskussionen um ein Gasembar-go in Bezug auf russisches Gas und einem drohenden Gaslieferstopp. Zudem verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit des Fernleitungsnetzbetreibers, der die zu leistende Zahlung in seine Tarife inkludieren muss, im Vergleich mit Wettbewerbsrouten. In diesem Fall muss die GCA neben anderen Kostenpositionen wie AGGM rund 40% ihrer „normalen“ Kosten als Ausgleichszahlungen mit einkalkulieren.
- Daher können Zahlungen aus diesem Titel nur erfolgen, wenn die geplanten Einnahmen über einen bestimmten Zeitraum hinweg überhaupt erreicht werden; andernfalls ist das geplante Überprüfungsintervall, gegebenenfalls mittels Antrag, entsprechend zu verkürzen und darauf folgend eine entsprechende Korrektur in den Kosten, Tarifen und Transferzahlungen vorzunehmen.

## 2 KOSTENDECKUNGSGRAD

### NEUER

#### § 3 Abs. 4A

- Wir schlagen einen f-Faktor von 1 anstelle von 0,75 und eine entsprechende Erhöhung des Mindestaufschlages vor. Dies verhindert eine Quersubventionierung des Projektes zu Lasten anderer E/X-Punkte im Marktgebiet Ost und gewährleistet eine stringente Kostenzuweisung (isolierte Kostenbetrachtung des Projektes) nach dem Kostenverursacherprinzip.
- Da die gegenständlichen Mindestaufschläge von einer genehmigten Kostenbasis aus dem Jahr 2021 hergeleitet sind und daher (die derzeit sehr hohen) Preissteigerungen bis zum Investitionszeitpunkt nicht eingepreist sind, ergibt sich letztlich ohnehin – bei Preissteigerungen – ein f-Faktor kleiner 1.
- Eine Quersubventionierung zu Lasten der Tarife an anderen Punkten sehen wir insofern kritisch, als dies eine schlechtere Wettbewerbsfähigkeit der anderen E/X-Punkte im Marktgebiet Ost bedeutet.

### 3 OBLIGATORISCHER MINDESTAUFSCHLAG

#### §3 Abs. 4

- Wir präferieren eine Beibehaltung des obligatorischen Mindestaufschlags auch für die der erstmaligen Versteigerung der neu zu schaffenden Kapazität folgenden Kapazitätsvergaben. Gemäß unserer Auffassung ist der Mindestaufschlag jedenfalls für den Zeitraum ab erstmaliger Kapazitätsvergabe bis zur vollständigen Amortisation des Projektes vorzusehen. Das bedeutet, dass für alle Kapazitätsvergaben – auch unterjährig – der obligatorische Mindestaufschlag zur Anwendung kommen soll.
- Maßgeblich für die Gültigkeit der Tarife und die Höhe des obligatorischen Mindestaufschlags ist die isolierte Kostenprüfung des Projektes. Dies ist insofern von Relevanz, da aus heutiger Sicht keine Klarheit in Bezug auf die Nutzung der Pipeline zum Transport dekarbonisierter Gase und daher in Bezug auf die Rückgewinnung der getätigten Investition für die verbleibenden 15 Jahre in einer dann möglicherweise dekarbonisierten Umwelt besteht.
- Wir erlauben uns anzumerken, dass die obligatorischen Mindestaufschläge bei Veränderungen zukünftiger Netznutzungsentgelte (Referenzpreise) am relevanten Punkt „Mosonmagyaróvár“ bis zur vollständigen Amortisation entsprechend konstant zu halten sind, sodass eine Kostendeckung unter Zugrundelegung des in der VO angeführten Mindestmengengerüsts sichergestellt ist. Dies umso mehr, als die gegenständlichen Mindestaufschläge aus einer Kostenbasis aus dem Jahr 2021 abgeleitet sind und daher (die derzeit sehr hohen) Preissteigerungen bis zum Investitionszeitpunkt nicht eingepreist sind.
- Aus unserer Sicht sollte eine entsprechende Klarstellung in den Erläuternden Bemerkungen vorgenommen werden.